

Zeitschrift: Ferrum : Nachrichten aus der Eisenbibliothek, Stiftung der Georg Fischer AG

Herausgeber: Eisenbibliothek

Band: 54 (1983)

Artikel: Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus wirtschaftlicher Sicht

Autor: Jacobi, Klaus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-378146>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus wirtschaftlicher, politischer und militärischer Sicht

Im Zentrum der Eisen-Bibliothek-Tagung 1982, welche am 5. November im Auditorium des Klostersgutes Paradis in Anwesenheit von zahlreichen, prominenten Gästen stattfand, stand eine Podiumsdiskussion unter der Leitung des +GF+ Verwaltungsratspräsidenten Dr. Robert Lang mit drei Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und militärischer Führung. Die grundsätzlichen Meinungen der Podiumsredner zum Tagesthema «Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus wirtschaftlicher, politischer und militärischer Sicht» wurden vor der Diskussion in Kurzreferaten dargelegt und werden Ihnen, sehr geehrte Leser, nachstehend in leicht gekürzter Form wiedergegeben.



Am Podiumsgespräch der Eisen-Bibliothek-Tagung beteiligten sich die folgenden Herren (v. l. n. r.): Oberstdivisionär Dr. Gustav Däniker, Botschafter Dr. Klaus Jacobi, +GF+ Verwaltungsratspräsident Dr. Robert Lang und Professor Dr. Daniel Frei.

Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus wirtschaftlicher Sicht

von Botschafter Professor Dr. Klaus Jacobi, Delegierter für Handelsverträge, Bundesamt für Aussenwirtschaft

Die Schweiz hat ein vitales Interesse an der Erhaltung eines leistungsfähigen Produktionsstandortes Europa. Zwei Drittel des Aussenhandels werden mit westeuropäischen Staaten, ihnen voran den direkten Nachbarländern der Schweiz, abgewickelt. Zudem hat die Schweiz mit ihrer Zugehörigkeit zur EFTA und mit dem jetzt zehnjährigen Freihandelsabkommen mit der EG die rechtlichen Instrumente geschaffen, um ihre Wirtschaft in den westeuropäischen Freihandelsraum einzugliedern. Auch in Zukunft werden die Wirtschaftsbeziehungen mit den westeuropäischen Ländern zu den zentralen Aufgaben der Schweizer Aussenhandelspolitik gehören.

Zehn Thesen gliedern diesen Beitrag von Botschafter Professor Dr. Klaus Jacobi. Sie laufen auf die Kernfrage hinaus, wie es für Europa möglich ist, günstige Voraussetzungen zu schaffen, damit die auf diesem Kontinent reichlich vorhandenen Standortvorteile optimal genutzt werden können. Diese Frage gilt natürlich in ganz besonderem Masse auch für ein Einzelland wie die Schweiz.

Kein ermutigendes Gesamtbild

Die gegenwärtige Wirtschaftslage Europas gibt zu Ernüchterung Anlass; dasselbe gilt für die kurzfristigen Zukunftsperspektiven. In diesem Jah-

reswirtschaftsbericht 1982/83 über die zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft diagnostiziert die EG-Kommission eine Stagnation des realen Bruttoinlandproduktes, das 1983 kaum in ein merkliches Wachstum ausmünden dürfte. Die Arbeitslosigkeit im EG-Raum hat im September erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg die Zehn-Prozent-Marke überschritten. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im kommenden Jahr von gegenwärtig elf Millionen noch auf zwölf Millionen ansteigen.

An der Inflationsfront wird ein bescheidener Rückgang der durch-

schnittlichen EG-Jahresteuierung von 10,5 Prozent 1982 auf 9,8 Prozent 1983 vorausgesagt. Die Zahlen für die sieben Länder der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA geben nicht zu wesentlich mehr Ermutigung Anlass. Insbesondere ist die starke Disparität der Inflationsraten unter den verschiedenen Ländern Europas festzuhalten. Alles in allem also kein ermutigendes Gesamtbild.

Gebrochene Dynamik?

Ob der düsteren Gegenwartsanalysen darf man nicht die bahnbrechenden Erfolge des westeuropäischen Wirtschaftsaufschwungs seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergessen. Dank der anfänglichen Wiederaufbauhilfe, vor allem der USA, aber auch der Weltbank, der Schaffung eines die EG- und EFTA-Länder umfassenden industriellen Freihandelsraumes, der bevölkerungsmässig die Dimensionen des US-Marktes sprengt, dank der Errichtung eines von Hindernissen weitgehend befreiten westeuropäischen Zahlungs- und Kapitalverkehrs steht heute die westeuropäische Wirtschaft in verschiedener Hinsicht als ebenbürtiger Partner und Konkurrent an der Seite

der einst in einsamer Vormachtstellung thronenden USA. Heute stellt sich allerdings die Frage, ob diese Dynamik in Europa nur vorübergehend abgeschwächt oder grundlegend gebrochen worden ist.

Fundamentale Veränderungen

Das weltwirtschaftliche Umfeld, in dem sich Westeuropa als Produktionsstandort behaupten muss, hat sich fundamental verändert. Dies in zweierlei Hinsicht: erstens haben sich die wirtschaftlichen Zentren der westlichen Welt diversifiziert. Die Hegemonie der USA wurde abgelöst von einer multipolaren Struktur der westlichen Wirtschaft: Man muss heute von einer Dreiecksbeziehung USA-EG-Japan ausgehen, welche ergänzt wird durch die komplementäre Rolle der europäischen Nicht-EG-Staaten – unter anderem der Schweiz – sowie durch den Vormarsch der an der Schwelle zur Industrialisierung stehenden Entwicklungsländer, der sogenannten «Newly Industrialized Countries», der NIC's.

Diese wirtschaftliche Multipolarität hat auch tiefgreifende Implikationen für das wirtschaftspolitische Kräftefeld, indem sich Europa und Japan heute nicht mehr ihrer Verantwortung für den Gang der Weltwirtschaft entziehen können. Ganz speziell gilt dies für die multilaterale Handelspolitik, in der die USA stets eine Führungsrolle spielten (Dillon-, Kennedy-Runde).

Zweitens diagnostiziert man eine auf die 70er Jahre zurückgehende grundlegende Veränderung der realwirtschaftlichen Parameter: Gemeint sind die Sicherheit und die Kosten der Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern – für das rohstoffarme und energieabhängige Europa ein ganz besonderer Sorgenpunkt –, die allgemeine, vielleicht auch auf gewisse Sättigungserscheinungen zurückzuführende Wachstumsverlangsamung, der Überfluss an Arbeitskräften nach einer Phase ausgeprägter Personalknappheit und dadurch entsprechend angestiegener und jetzt kaum noch nach unten revidierbarer Arbeitskosten, der Einbruch revolutionärer, arbeitssparender Technologien (vor allem der Mikroelektronik), der Kaufkraftschwund in vielen Entwicklungsländern – seit neuestem auch vieler

OPEC-Staaten – und damit das Erlahmen von Exportmöglichkeiten nach Übersee.

Wachsende Interdependenz

Hand in Hand mit diesen Entwicklungen geht eine wachsende Interdependenz. Das zahlenmässige Anwachsen der für den Gang der Weltwirtschaft entscheidenden Akteure, der ungeahnte Aufschwung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalaustausches seit der Nachkriegszeit, die zunehmende Aussenorientierung wichtiger Volkswirtschaften, allem voran der USA, führten zu einem immer engmaschigeren Netz von wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

An einem Ende ergriffene Massnahmen können sich wellenschockartig durch das ganze System fortsetzen und weit entfernt unerwartete Auswirkungen zeitigen. Man denke nur an die Erhöhung des Erdölpreises durch die OPEC, an die erratischen Wechselkursschwankungen, an die von den Europäern heftig kritisierte amerikanische Hochzinspolitik, an einseitig ergriffene protektionistische Massnahmen und so weiter. Wachsende Interdependenz bedeutet erhöhte Exponiertheit. Wo steht Europa in dieser Hinsicht?

Mehr Flexibilität

Die blosse Verteidigung des Status quo ist zum Scheitern verurteilt: Auch in Zukunft werden neue Konkurrenten auftreten, die gegenüber den angestammten europäischen Produzenten ihre Standortvorteile ausspielen werden. Heute sind es vor allem die Branchen Textilien und Bekleidung, Stahl, Automobil, Schiffsbau und Basischemie, die in weiten Teilen Europas notleidend geworden sind. Die Entwicklung wird hier aber nicht Halt machen. Der Druck der überseeischen Konkurrenten sowohl auf den attraktiven kaufkräftigen europäischen Markt wie auch auf die heissumkämpften Drittmärkte wird nicht nachlassen.

Mit kostspieligen protektionistischen Schutzmassnahmen zur Bewahrung des Heimmarktes einerseits und mit Subventionen zur künstlichen Förderung der europäischen Exportindustrie andererseits mögen sich einzelne bedrängte Regierungen kurzfri-

stig etwas Luft verschaffen, die Zukunft des Produktionsstandortes Europa wird dadurch aber beileibe nicht gesichert. Ganz im Gegenteil: notwendige Anpassungen werden lediglich verzögert und damit erschwert.

Produktion im Ausland

Die Verlagerung von industriellen Produktionsaktivitäten ins Ausland ist begrüssenswert, wenn damit die Produktionsfaktoren effizienter eingesetzt werden. Gedacht wird in diesem Zusammenhang vor allem an die europäischen Direktinvestitionen in Ländern mit günstigeren Kostenstrukturen, vor allem in den sogenannten Niedriglohnländern. Wenn auch diese Produktionsauslagerungen in gewissen Branchen und Regionen sicher einen negativen Einfluss auf das eigene Beschäftigungsniveau haben, so darf doch nicht übersehen werden, dass dieselben Investitionen auch interessante neue Exportmöglichkeiten für die Kapital- und Ausrüstungsgüterindustrien schaffen.

Eine Studie der OECD über die neu industrialisierten Staaten ist zur bemerkenswerten Schlussfolgerung gelangt, dass der Netto-Beschäftigungseffekt der Industrialisierung dieser Länder auf die entwickelten OECD-Länder zumindest neutral, wenn nicht sogar positiv, ausfällt. Ferner gilt es zu beachten, dass bei weitem der Hauptteil europäischer Direktinvestitionen nach wie vor in andere Industrieländer und nicht in die südliche Hemisphäre geht.

Besonders attraktiv sind gegenwärtig die USA – trotz des starken Dollars –, was beweist, dass nicht allein die Arbeitskosten, sondern auch der Zugang zu einem grossen Markt, zu neuen Produkte- und Prozesstechnologien und das allgemeine Vertrauen in die politisch-wirtschaftliche Stabilität eines Landes für die Investitionstätigkeit ausschlaggebend sein können. In dieser Hinsicht hat auch Europa oder jedenfalls einige seiner Staaten gewichtige Standortvorteile aufzuweisen.

Standortvorteile erkennen

Die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie wird manchenorts zu pauschal in Frage gestellt. Dass diver-

se europäische Industriezweige in grossen Schwierigkeiten stecken, wer könnte daran zweifeln. Dass es sich hierbei aber zumindest teilweise um Branchen mit weltweiten Überkapazitäten handelt, wird oft übersehen. Stahl ist nicht nur ein europäisches Problem; auch die amerikanischen und japanischen Stahlkocher haben Absatzschwierigkeiten. Dasselbe gilt für die Autoindustrie. Die koreanischen Schiffswerften machen nicht nur den europäischen Schiffskonstrukteuren zu schaffen. Die in den Ölförderländern der OPEC aus dem Boden gestampften petrochemischen Komplexe bedrohen nicht nur die europäische Grundchemie. Und, um ein Beispiel aus dem Dienstleistungsbereich anzufügen: die aus der Verschuldung der Ost- und Entwicklungsländer entstandenen Risiken machen nicht nur europäischen Bankiers Sorgen.

Es will mir scheinen, dass die auf unserem Kontinent bestehende industrielle Umwelt, die effiziente Infra- und Transportstruktur, der reiche Bestand an qualifizierten Arbeitskräften, das hohe Bildungsniveau, ein leistungsfähiges Bankwesen und Versicherungssystem auch der europäischen Industrie Standortvorteile und Chancen für die Zukunft gewährt.

Protektionismus bekämpfen

Dass diese Möglichkeiten auch in einem stark veränderten weltwirt-

schaftlichen Umfeld genützt werden, hängt nicht nur von den Unternehmen ab, sondern auch ganz wesentlich davon, ob vernünftige Entscheidungen auf wirtschaftspolitischem Niveau getroffen werden. In dieser Beziehung bestehen unzweifelhaft grosse Gefahren. Es wäre für Europa als Produktionsstandort von verheerender Wirkung, wenn die vor allem innerhalb der EG unverkennbaren protektionistischen Tendenzen zum Durchbruch kämen und auf diese Weise veraltete Industriestrukturen weitergeführt würden. Dadurch hätten wir die Chancen für eine erfolgreiche Bewältigung der Zukunftsaufgaben verbaut.

Günstige Voraussetzungen schaffen

Die Kernfrage, auf die wir in Europa – Branche für Branche und Region für Region – politisch realistische Antworten finden müssen, lautet: Wie können wir günstige Voraussetzungen dafür schaffen, dass die vorhandenen Standortvorteile optimal genutzt werden, oder konkreter: dass die vorhandenen Ressourcen – Arbeitskräfte, Kapital, Know-how, Forschung und Entwicklung – nicht länger in Wirtschaftssektoren gebunden bleiben, die ihre komparativen Vorteile eingebüsst haben, sondern in diejenigen Bereiche gelenkt werden, die in Europa selbst und in Übersee gegen die internationale Konkurrenz bestehen können. Dasselbe gilt natür-

lich in ganz besonderem Masse auch für ein Einzelland wie die Schweiz.

Schweiz und Europa

Die letzte These betrifft denn auch die Schweiz. Dieses Land hat ein vitales Interesse an der Erhaltung eines leistungsfähigen Produktionsstandortes Europa. Zwar ist es richtig, dass man zum Beispiel in der Handelsförderung die Bemühungen in letzter Zeit vermehrt auf die überseeischen kaufkräftigen Märkte – allen voran Nordamerika und Japan – ausgerichtet hat. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass zwei Drittel des schweizerischen Aussenhandels mit westeuropäischen Staaten, vor allen mit den direkten Nachbarländern (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien) getätigt werden, und dass die schweizerische Industrie vor allem in Westeuropa investiert hat.

Mit der Zugehörigkeit zur EFTA und mit dem jetzt 10jährigen Freihandelsabkommen mit der EG hat die Schweiz die rechtlichen Instrumente geschmiedet für die Eingliederung ihrer Wirtschaft in den westeuropäischen Freihandelsraum und damit für die Integration in den Produktionsstandort Europa. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den westeuropäischen Ländern werden auch in Zukunft zu den zentralen Aufgaben der gesamten schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik gehören.

Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus politischer Sicht

von Professor Dr. Daniel Frey, Delegierter des Schweizerischen Institutes für Auslandsforschung

In der ersten Auflage (1978) des Buches von General Sir John Hackett: «The Third World War» geht Europa mitsamt der NATO unter einer sowjetischen Panzerwalze in Brüche, Birmingham und Minsk werden in radioaktiv strahlende Aschenhaufen verwandelt – nur einer bleibt als ruhender Pol fest wie ein Fels im weltweiten Durcheinander: der Schah von Iran auf seinem Thron. Wenn man umgekehrt einen Experten vor einem Jahr gefragt hätte, zwischen wem denn wohl der nächste Krieg stattfinden werde, und wenn dieser Experte gesagt hätte, zwischen Argentinien und Grossbritannien und erst noch im Südatlantik – man hätte diesen Experten zweifellos auf der Stelle für verrückt erklärt. So kann man sich heutzutage verrechnen.

In der Weltpolitik gilt immer mehr das Wort, die Zukunft sei heute auch nicht mehr das, was sie einmal gewesen ist. Der Gang der Dinge wird zunehmend erratisch, die Vorhersagbarkeit politischer Zusammenhänge schrumpft. Was würde man übermorgen sagen, wenn man etwa folgende Schlagzeilen in der Zeitung lesen könnte?

- «Kubanische Truppen am Golan»
- «Hungersnot in der Sowjetunion»
- «Austritt Italiens und der Niederlande aus der NATO»
- «Neue Militärallianz zwischen China und der UdSSR»